THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 5
Juni 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Neue Impulse für die Thüringer Justiz vorgestellt

Am 5. Juni 2008 stellte die vor kurzem ins Amt berufene Justizministerin Marion Walsmann (CDU) in ihrer Regierungserklärung dem Landtag neue Impulse für die Justizpolitik vor. Unter dem Motto „Thüringer Justiz – unabhängig, modern, leistungsfähig“ legte Walsmann besonderes Gewicht auf die Optimierung des Justizvollzugs und die effektivere Bekämpfung von Jugendkriminalität. Damit einhergehend soll die personelle Ausstattung der sozialen Dienste und der Sozialgerichtsbarkeit verbessert werden. Mit Blick auf das Ziel, die Arbeitsfähigkeit der Gerichte dauerhaft zu sichern, informierte die Justizministerin zudem über die Umsetzung der Thüringer Behördenstrukturreform im Justizbereich.
André Blechschmidt (LINKE) bezeichnete einen großen Teil der Maßnahmen im Sozialisierungs- und Resozialisierungsbereich des Justizvollzugs als repressiv, autoritär und damit kontraproduktiv und befürwortete Verfahrensweisen, die zwar nicht populär, doch wirkungsvoller seien. Auch Uwe Höhn (SPD) kritisierte das von Walsmann vertretene Instrument des Warnschussarrests, das letztendlich „an der Sache vorbei“ gehe, als unzeitgemäß. Das Vertrauen der Bürger in die Thüringer Justiz, das der Thüringen-Monitor dokumentiere, betonte hingegen Christian Carius (CDU).

Zur Einführung länderübergreifend gemeinsamer Abituraufgaben

Die Kultusminister der Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Baden-Württemberg einigten sich im April dieses Jahres auf die Einführung gemeinsamer Abiturprüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik ab 2012. Die SPD-Fraktion forderte die Landesregierung in der Plenarsitzung am 6. Juni 2008 dazu auf, zu diesem Vorhaben Stellung zu beziehen. Sie kritisierte in ihrem Antrag, dass mit der geplanten Einführung des „Südabiturs“ der Vielzahl unterschiedlicher Länderregelungen lediglich eine weitere Variante hinzugefügt werde. „Ein Abitur darf nicht je nach Bundesland oder Himmelsrichtung leichter oder schwerer sein“, so Hans-Jürgen Döring (SPD). Auch die Fraktion DIE LINKE machte sich erneut für die zentrale Variante stark. „Ein bundesweit vergleichbares Zentralabitur, welches europäischen Maßstäben standhält, wäre ein zeitgemäß anzustrebendes Ziel statt Kleinstaaterei“, fasste Michaele Reimann (LINKE) ihren Standpunkt zusammen. Die CDU-Fraktion hingegen unterstützte mit einem eigenen Antrag die Initiative der Landesregierung. Dr. Peter Krause (CDU) unterstrich, dass die Mobilität der Menschen sich stark erhöht habe und weiter erhöhe. Es gelte Möglichkeiten für Abiturienten zu schaffen, dieser Entwicklung gerecht zu werden. Gleichzeitig müsse die Bildungsgerechtigkeit bei Studienbewerbern erhöht werden. Im Bericht der Landesregierung betonte Kultusminister Bernward Müller (CDU), dass „bei der allmählichen Umsetzung der einheitlichen Prüfungsaufgaben unbedingt eine Nivellierung nach unten verhindert werden muss“. Der Landtag beschloss mehrheitlich, die Anträge von SPD sowie CDU in den Bildungsausschuss zu überweisen.

Ausschuss für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten

Vom 14. bis 16. Mai 2008 besuchte der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Thüringer Landtags das Europäische Parlament sowie die Europäische Kommission in Brüssel. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit Europaparlamentariern zur Fortführung von Agrarsubventionen für die neuen Bundesländer und zu Fragen des Lobbyismus im Europäischen Parlament. Darüber hinaus griff der Ausschuss in Brüssel aktuelle Themen wie die Migrationspolitik, die Richtlinie für schadstoffarme Fahrzeuge und die EU-Strukturpolitik von 2007 bis 2013 auf. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende André Blechschmidt (DIE LINKE) hob im Ergebnis der Reise hervor: „Die Vermittlung europäischer Themen muss auch weiterhin eine ständige Aufgabe der Landespolitik und ihrer Repräsentanten sein. Es gilt deutlich zu machen, welche Auswirkungen die Entscheidungen europäischer Institutionen auf die Bürgerinnen und Bürger haben.“

Bildungsausschuss

Der Bildungsausschuss des Thüringer Landtags hielt sich in der Woche vom 13. bis 17. Mai zu einem Besuch in Finnland auf, an dem auch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski teilnahm. Die Thüringer Bildungspolitiker verschafften sich so einen unmittelbaren Einblick in das finnische Bildungssystem, das weltweit als vorbildlich gilt. Bei den Begegnungen kam ein breites Spektrum von Themen zur Sprache, das von Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung und zur individuellen Förderung der Schüler über Lehrplanentwicklung und Lehrerausbildung bis hin zu Fragen der Finanzierung und Organisation des Unterrichtswesens reichte. Der Ausschussvorsitzende Hans-Jürgen Döring (SPD) resümierte: „Die Art und Weise, in der finnische Schulen Gerechtigkeit und erfolgreiches Lernen miteinander verbinden, hat mich besonders beeindruckt. Eine gute Schulbildung fördert die Kommunikation der Kinder und trägt damit zu einer zivilisierten Auseinandersetzung untereinander bei.“



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

über die vergangenen Plenartage am 5. und 6. Juni berichtet aktuell die neue Ausgabe des Landtagskuriers. Auf der Tagesordnung des letzten Plenums standen unter anderem umweltpolitische Diskussionspunkte wie die Aufnahme deutscher Buchenwälder in die Welterbe-Liste der UNESCO oder die nachhaltige Entwicklung im Südharz durch die Etablierung eines Naturparks und Biosphärenreservats. Die vor Ihnen liegende Ausgabe berichtet insbesondere über die Regierungserklärung der Justizministerin und die Debatte zur Einführung des Südabiturs. Wie immer erhalten Sie außerdem Informationen zu den aktuellen Ausschusssitzungen sowie zu den regelmäßig stattfindenden Ausstellungen im Landtag. Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Ausstellungen

Kunstausstellung „Im Reich des Kuhfalters“

Von 22. Mai bis 25. Juli 2008 ist im „Kunstturm“ des Thüringer Landtags eine Werkschau der autodidaktischen Künstlerin Bärbel Münchgesang zu sehen. „Im Reich des Kuhfalters. Mohne, Landschaften, imaginäre Welten“ lautet der originelle Titel, mit dem



Münchgesang dazu einladen will, durch das Betrachten ihrer Bilder mehr Lebensfreude in den Alltag zu bringen. Vizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert, die die Ausstellung eröffnete, würdigte die Exponate als „Orte der Erkenntnis, des Erstaunens und der Verzauberung“. Kunst sei hier auf unbeschwerte Weise als ein Angebot von Schönheit und Freude in einer reichen Fülle von Farben und Formen zu sehen. Natur und Seele als Bereiche der Imagination sind die zentralen Themen im Werk der Erfurter Künstlerin, dessen Schwerpunkte Landschaften und Blumenarrangements bilden.

Die Ausstellung ist zu sehen:
Montag - Freitag
8.00 bis 18.00 Uhr

Veranstaltungen

1. Thüringer Zeitzeugentag

„Der 17. Juni, Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR von 1953, soll künftig als Thüringer Zeitzeugentag einen festen Platz im Terminkalender der Schulen im Freistaat erhalten. Der Auftakt in diesem Jahr war sehr ermutigend: Etwa 30 Zeitzeugen haben sich zur Verfügung gestellt, rund zwanzig Schulen im Freistaat beteiligten sich.“ Mit diesen Worten zog Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski eine vorläufige Bilanz des Projektes, das sie gemeinsam mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Hildigund Neubert, und mit Unterstützung des Thüringer Kultusministeriums initiiert hat. Im Rahmen des Tages sprachen Zeitzeugen mit Schülern über ihre Erfahrungen in der DDR und ihre Auseinandersetzung mit dem totalen Anspruch der SED. Schipanski selbst besuchte am 17. Juni das Königin-Luise-Gymnasium in Erfurt, um mit Schülerinnen und Schülern zu diskutieren

Besuch

Antrittsbesuch des tschechischen Botschafters

Der tschechische Botschafter in Berlin, Dr. jur. Rudolf Jindrák, stattete am 5. Juni 2008 Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski seinen Antrittsbesuch ab. Dr. Jindrák ist



seit Dezember 2006 Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland. Zuvor war er für die tschechische Regierung unter anderem als Generalkonsul in München sowie als Botschafter in Österreich und Ungarn tätig.

CDU

CDU-Forum für Heimatverbliebene, Spätaussiedler und Heimatvertriebene

Beziehung zwischen Mehrheiten und Minderheiten näher beleuchtet

Die Integration deutscher Spätaussiedler in Thüringen, die Situation der Deutschen im polnischen Schlesien und die Rolle der Heimatvertriebenen im Verhältnis zu Polen und Tschechien standen im Mittelpunkt einer Tagung, zu der die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag in das Landesparlament eingeladen hatte. Ministerpräsident Dieter Althaus forderte Heimatvertriebene, Heimatverbliebene und Spätaussiedler auf, ihre Kultur zu pflegen, denn die Vielfalt der akzeptierten kulturellen Identitäten ist nach seinen Worten die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.

Rund 60 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um verschiedene Facetten des Rahmenthemas - „Brücken bauen: Der Beitrag der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und Heimatverbliebenen zur Völkerverständigung“ - zu erörtern. Althaus beschrieb Vertreibungen als Beispiel für die verhängnisvollen Folgen kollektivistischen Denkens. Die Menschenwürde bleibe dabei auf der Strecke und kulturelle Identität werde gewaltsam zerstört. Der Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, Peter



Barton, skizzierte, wie Heimatvertriebene und Landsmannschaft sich in Tschechien engagieren.

Das Credo des Politikwissenschaftlers: „Wir wollen zuerst für die Zukunft arbeiten“. Das von der Sudetendeutschen Landsmannschaft eingerichtete Büro sei nach anfänglichem Widerstand inzwischen akzeptiert. Bruno Kosak, Mitglied im Bezirksparlament der Woiwodschaft Oppeln, schilderte die Lage der deutschen Minderheit in Oberschlesien. „Die besten Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit bestehen auf kommunaler Ebene“, so seine Einschätzung. Vor allem der Beitritt Polens zur EU habe die Möglichkeiten der deutschen Minderheit deutlich verbessert. Kosak wie Primas wiesen darauf hin, dass durch die guten Verbindungen der Deutschen in Schlesien und der Heimatvertriebenen in Deutschland zahlreiche Städtepartnerschaften entstanden sind. Enge, vor allem familiäre Kontakte gibt es auch zwischen russlanddeutschen Spätaussiedlern in Thüringen und ihren Herkunftsgebieten, wie Lilja Rau, Vorsitzende des Vereins „Carpe diem Integrationshilfe e.V.“ aus Nordhausen, darlegte. Sie verdeutlichte, dass Spätaussiedler und Heimatvertriebene auch in Thüringen gut zusammenarbeiten, da sie sich in ihre jeweiligen Schicksale gut hineindenken können. Annette Lehmann verwies auf die sprachliche und berufliche Förderung in Thüringen und den Beitrag insbesondere der Sportvereine zur Integration. Um Verständnis für die Lage der Spätaussiedler zu wecken, ist es ihrer Überzeugung nach wichtig, auch in den Schulen mehr über ihr Schicksal und ihre Herkunftsgebiete zu sprechen.

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Jugendliche stellten eindringliche Arbeit zur Kinderarmut vor

Wenn sich jetzt der Thüringer Landtag mit den Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht beschäftigt, dann hätte DIE LINKE den Abgeordneten gern gezeigt, was die Jugendlichen aus dem Freizeittreff in Zella-Mehlis zu sagen haben. Mit einer beeindruckenden Präsentation waren sie aus dem Wahlkreis der Abgeordneten Ina Leukefeld nach Erfurt gekommen, um im Ressort Soziales/Gesundheit der Linksfraktion ihre Arbeit zu zeigen, mit der sie sich am bundesweiten Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb „Kreativ für Toleranz“ beteiligen. Praktisch täglich erleben sie im Kinder- und Jugendfreizeittreff ihres Heimatortes in Südthüringen, was Kinderarmut bedeutet. Sie haben sich außerdem mit der Sozialwissenschaft und den Kinderrechten beschäftigt. Sie haben Zahlen und Fakten analysiert und Umfragen gemacht. Ursachen-Suche und Lösungsvorschläge waren ihnen gleichermaßen wichtig. So entstand eindringliches, authentisches Material. 2006 mussten allein in ihrem Landkreis Schmalkalden-Meiningen 2.558 Kinder im Alter bis 16 Jahre von Sozialgeld leben. In Thüringen waren es insgesamt 60.773 und in der Bundesrepublik 2,5 Millionen. „Kinderarmut ist allgegenwärtig, wird aber zu wenig wahrgenommen“, betonten sie.



DIE LINKE fordert: Privatsphäre achten, Hartz-IV-Spitzelei beenden!

„Auch die Empfänger von ALG II und Sozialhilfe haben Anspruch auf Privatsphäre“, betonten die Abgeordneten der LINKEN Ina Leukefeld und Ralf Hauboldt angesichts der Ergebnisse einer Anfrage an die Landesregierung. Sie sprechen von einer rasant wachsenden Kontrollwut der Behörden und einem Generalverdacht gegen ALG-II-Empfänger. In manchen ARGEn sei die Zahl der Hausbesuche 2007 im Vergleich zum Vorjahr um ein Vielfaches gestiegen. Sie verweisen auf das Eingeständnis der Landesregierung, dass Betroffene nicht gezwungen seien, Kontrolleure in ihre Wohnung zu lassen und dass Dritte nicht einfach über Hartz-IV-Betroffene ausgefragt werden dürfen. DIE LINKE wird das Thema mit Selbsthilfeorganisationen und Sozialverbänden besprechen und fordert erneut: Hartz IV muss weg!

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

1. Kulturtag am 6. Juli in Thüringen

DIE LINKE unterstützt den Aufruf der Initiative „Erhalt Thüringer Kultur“ zu einem Kulturtag am Sonntag, dem 6. Juli 2008, und würdigt „das Engagement derer, die sich dem Kulturabbau-Programm der Landesregierung in den Weg gestellt haben“, betont MdL Dr. Birgit Klaubert. Wie notwendig dies ist, wurde erneut schmerzlich klar, als jetzt in Eisenach der letzte Vorhang fiel. Am Theater Altenburg-Gera läuft die Frist zum Abschluss der Haustarifverträge ab. Neben weiterem Verzicht auf Gehaltssteigerung nimmt die Last auf den Schultern der Beschäftigten des Theaters zu. „Es muss dringend nachgebessert werden“, fordert die Kulturpolitikerin.

Neue Verordnung: SPD-Fraktion warnt vor Entlassung von Therapeuten in Kitas

Geänderter Abrechnungsmodus gefährdet frühe Förderung behinderter Kinder

Für Verunsicherung unter Eltern und Erziehern in Kindertagesstätten sorgt eine neue Vereinbarung für die heilpädagogische und therapeutische Versorgung von behinderten Kindern. „Fest angestellten Therapeuten in Thüringer Kitas ist es künftig nicht mehr möglich, ihre Therapieleistungen über die Krankenkassen abzurechnen“, kritisiert die SPD-Abgeordnete Dagmar Künast mit Verweis auf die Verordnung. Zwangsläufig werde es zur Entlassung der Therapeuten kommen. „Eine frühe und umfangreiche Förderung behinderter Kinder ist aber für deren Entwicklung unabdingbar“, sagt die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Vorwürfe richtete die Abgeordnete auch an das Thüringer Sozialministerium: Dieses hätte die zwischen Kommunalen Spitzenverbänden und Krankenkassen getroffene Vereinbarung aufhalten müssen. Schließlich habe das Ministerium bei der Erarbeitung der Vereinbarung moderierend mitgewirkt. Werde die neue Vereinbarung umgesetzt, wären die Eltern der betroffenen Kinder gezwungen, Termine für eine heilpädagogische und therapeutische Behandlung ihrer Kinder nach dem Besuch der Kita zu vereinbaren oder ihre Kinder stundenweise zum Zweck einer Behandlung aus der Kita abzuholen. „Besonders für berufstätige Eltern ist dies nicht praktikabel. Und für die betroffenen Kinder bedeutet dies zusätzlichen Stress“, erklärt Künast. Die Abgeordnete appelliert deshalb an Landesregierung, Kommunen und die Krankenkassen, die neue Rahmenvereinbarung nicht umzusetzen - zum Wohle von Kinder und Eltern.



Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Klimaexperte zu Besuch in Südthüringen



Ulrich Kelber, Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion (zweiter von rechts) referierte auf Einladung der SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Baumann (3. von links) und Hartmut Schubert (2. von links) bei einer Veranstaltung auf der Hohen Geba bei Meiningen über nachhaltige und erneuerbare Energien. Trotz Hitze fanden sich 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger zu dem Vortrag ein - ein Beweis dafür, dass umweltfreundliche Energie auf starkes Interesse in der Bevölkerung stößt. In seiner von hoher Sachkompetenz geprägten Rede forderte Kelber zum Umdenken in der Energiepolitik auf. „Wir dürfen unseren Kindern keine umwelt- und energiepolitische Wüste hinterlassen.“

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Rundfunkgebührenbefreiung immer wieder Thema bei Bürgeranliegen

Gegenstand von Bürgeranliegen, die an die Bürgerbeauftragte herangetragen werden, ist immer wieder die von Rundfunkteilnehmern begehrte Befreiung von der Gebührenpflicht. Anlässlich ihrer außerordentlichen Tagung zu Jahresbeginn in Sankelmark befassten sich die parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten auch mit dem Problem der sog. „saisonalen Abmeldung".
Im Kern geht es dabei darum, dass unter bestimmten Bedingungen die saisonale Abmeldung von Geräten in Ferienwohnungen, die im Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) nicht ausdrücklich vorgesehen war, bis zum Inkrafttreten des 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrages (RÄStV) von den Rundfunkanstalten/GEZ akzeptiert wurde. Im Bereich des Mitteldeutschen Rundfunks (mdr) erfolgte diese Begünstigung auch für tragbare Geräte in Gartenlauben/Datschen. Mit dem 8. RÄStV wurden jedoch Geräte in Ferienwohnungen erstmals mit den Geräten in Hotels gleichgestellt und somit durch die vergleichbare Anwendung des „Hotelprivilegs" (§ 5 Abs. 2 Satz 3 RGebStV) eine grundsätzliche Verbesserung erreicht. Begründet wurde dies vor allem mit der nicht vollständigen Auslastung von Ferienwohnungen, die auch schon für die Privilegierung von Geräten in Hotels maßgeblich war. Im „Gegenzug" akzeptierten die öffentlich-rechtlichen Anstalten nach einem Übergangszeitraum seit dem 01.01.2007 die bisher „hingenommenen" saisonalen Abmeldungen nicht mehr, weil anderenfalls die nicht vollständige Auslastung von Ferienwohnungen doppelt berücksichtigt würde.
Dadurch sind insbesondere Klein-/Familienbetriebe in touristischen Gebieten – so auch in Thüringen – betroffen. Diese Situation hatte in den vergangenen Monaten zu deutlichen Unmutsbekundungen seitens der Ländergemeinschaft gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten geführt. Unter diesem Eindruck haben die ARD-Anstalten daher nunmehr in Aussicht gestellt, dass sie ausnahmsweise wieder zur Praxis der Duldung von saisonalen Abmeldungen bereit seien.

Der Datenschutzbeauftragte

Ein halbes Jahr ePass mit Fingerabdruck

Im Landtagskurier 2/2005 berichtete der TLfD von der geplanten Einführung des elektronischen Reisepasses mit Speichermöglichkeit der biometrischen Daten von Gesicht und Finger im Chip. Während im ersten Schritt nur die Daten des Passbildes gespeichert wurden, wird seit dem 1. November 2007 auch von jeder Hand jeweils ein Fingerabdruck gescannt und digital verarbeitet.
Gleichzeitig erfolgte bundesweit die Umstellung auf ein elektronisches Passantragsverfahren, mit dem die Passbehörden die Anträge zu einer Bestelldatei zusammenfassen, signieren, verschlüsseln und an die Bundesdruckerei senden. Sie können sich auch Vermittlungsstellen bedienen (z. B. nutzen 23 Passbehörden das Thüringer Landesrechenzentrum). Um die Vertraulichkeit und Unversehrtheit der Daten bei der Übertragung zu sichern, wurde der Einsatz von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben (§ 6a PassG). Die Datenübertragung hat unter Verwendung eines XML-basierten Datenaustauschformates (XPass) und auf der Grundlage des Übermittlungsprotokolls OSCI-Transport zu erfolgen.
Seit dem 1. November 2005 wurden mehr als 5 Mio. elektronische Reisepässe ausgegeben. Spätestens nach der Passausgabe sind die entsprechenden Fingerabdrücke bei der Passbehörde zu löschen (§ 16 PassG).
Erste Kontrollen in Thüringen und in anderen Bundesländern ergaben, dass die Passbehörden nicht im vollen Umfang über das Verfahren Auskunft geben können, obwohl sie weiterhin verantwortliche Stellen für das Verfahren bleiben.
Mittlerweile hat die Bundesregierung auf Kritik der Datenschutzbeauftragten reagiert und einen Handlungsleitfaden für die Kommunen angekündigt (BT-Drs. 16/8477).
Des Weiteren sieht der TLfD Artikel 4 Abs. 1 der EG-PassVO nicht umfassend umgesetzt, da der Bürger das Recht, die personenbezogenen Daten in dem Pass zu überprüfen, hinsichtlich der Fingerabdrücke immer noch nicht wahrnehmen kann. Diese Kritik wird vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit unterstützt.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Goldenes Buch ohne Gysi

Am 21. Mai gab Dr. Gregor Gysi seinen Widerstand gegen die Veröffentlichung von neuen Funden zu seiner Stasi-Tätigkeit auf.
Am Abend des 3. Oktober 1979 hatte Gysi den Abiturienten Thomas E. von Robert Havemanns Haus in Grünheide mit nach Berlin genommen. Die Akte meldet: „Der IM nahm E. mit in die Stadt." Zwei Tage später schrieb der Führungsoffizier beim MfS den Bericht des IM über das Gespräch im Auto auf. Da sich der Erwähnte gut an diese Autofahrt mit dem Anwalt erinnern kann, hatte ihn das Gericht, das über die Herausgabe der Akten entscheiden sollte, zur Zeugenaussage eingeladen. Die Begegnung mit derart Gestalt gewordener Lebenswirklichkeit war dem Bundestagsabgeordneten offenbar zu viel, er zog flugs seine Klage zurück. Gysi schwadroniert nun wieder über anwaltliche Schweigepflicht, die ja nicht zum Schutz von Anwälten, sondern von deren Mandanten erfunden wurde. Die Medien aber sind wieder mutiger geworden, die seit langem bekannten zahlreichen MfS-Unterlagen zu IM „Notar" und IM „Gregor" wieder mit Dr. Gregor Gysi in Verbindung zu bringen.
Auch am 21. Mai erhielten die Erfurter Stadträte und andere Honoratioren eine Einladung für den 11. Juni um 16 Uhr in das Erfurter Rathaus: Aus Anlass eines Vortrages im Rathaus für die Universität Erfurt über „die Entwicklung der Parteienlandschaft seit der Wiedervereinigung" trage sich Dr. Gregor Gysi in das Goldene Buch der Stadt Erfurt ein. Es hagelte Proteste aus den SED-Opferverbänden, dem Stadtrat, der LStU. Mit einem etwas plumpen Trick zog die Stadtverwaltung zwei Tage später die Einladung an Gysi zurück: die Veranstaltung finde nicht im Rathaus statt, und daher sei eine Eintragung ins Goldene Buch nicht möglich. Inzwischen ist der Vortrag überhaupt abgesagt worden.
Offen bleibt: Wer in der Stadt kommt auf die Idee, eine Person, an deren Vorbildhaftigkeit so erhebliche Zweifel bestehen, für solch eine Ehrung vorzuschlagen? Welche Kriterien gelten für diese Würdigung? Wahrheitsliebe sollte wohl dazu gehören.

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.